

Justiz- u. Polizei Departement. Werbung

Departement des Auswärtigen. Werbung vom
vom 4. Feb.
7. April.

Ausweisung der
bei der Herausga-
be des "Roten
Teufels" und des
"Sozialdemokrat"
Beteiligten.

1755

Am 27. März ist dem Justiz- und Polizeidepartement ein Antrag des Herrn Bundesrat Droz als Vorleser des Tagesblattes des Auswärtigen zum Beweise überreicht worden, nach welchem die von der Herausgabe der Zeitschrift "Roten Teufel" beteiligten Ausländer aus der Schweiz ausgewiesen wären.

Das Justiz- und Polizei Departement gelangt zu seinem schlüssigen Beschlusse zu dem Effekte, es sei dem Antrag des Herrn Droz keine Folge zu geben.

Das Departement des Auswärtigen hat sich an Stelle des ersten Antrages einen neuen eingebracht, welcher nicht bloss auf die Herausgabe des "Roten Teufels", sondern auch auf die seit Ende der von 27. Januar gegeneinander durchgeführten Ausgabe des "Sozialdemokrat" bestehenden Verantwortung in diesem Blatte aufeinander, das gute Zusammenhänge mit einem Hauptbestand störenden Artikel abstellt.

Dieser Antrag ist allen Mitgliedern des Rates genehmigt und geteilt worden.

Für den Verlauf der Diskussion wird von Herrn Bundesrat Buchermet der Antrag auf Ablehnung auf das neue Antrages gestellt.

Auf Wunsch der Beratung wird der Antrag des Tagesblattes des Auswärtigen mit 5 gegen 1 Stimmen genehmigt.



23. Sitzung vom 18. April 1888.

angenommen.

Ihre Bundesrat Rechnung gibt zur Protokoll, dass er für Vorweisung des Budgets gestimmt habe.

Der vorgeschlagte Entwurf wird mit der Abänderung angenommen, dass der Art. V des Verfassungstextes gestrichen wird, in welchem die in der Gegenwart bestehenden Bestimmungen der Verfassung der von der eidgenössischen Räte beschalteten Kommission betreffend das Kreditbudget für bessere Gestaltung der politischen Polizei zitiert sind, und dass das Präzise II hier in solcher Weise, welche Formel ersetzt wird.

Für die übrigen wird die Festsetzung der Reduktion der gegen Bundesrat Dr. und Bundeskanzler Ringier übertragen.

Der Beschluss lautet sinngemäß:
(siehe Beilage).

Am Zürich

Protokollmässig aus Justiz- und Polizeidepartement für
Kantone und Vollziehung und aus Departement des Aussenw.
ligen für Kantonsverträge.

Der Schweizerische Bundesrath

nach Einsichtnahme der ihm von seinen Departementen der Justiz und Polizei und des Auswärtigen erstatteten Berichte, aus welchen sich nachfolgender Thatbestand ergibt:

I.

Im Januar oder Februer vergangenen Jahres ist in Zürich, unter dem Titel „Der rothe Teufel“, ein Flugblatt erschienen, welches Artikel in Reimen und in Prosa, sowie Karrikaturen beleidigender Natur gegenüber der deutschen kaiserlichen Familie und den deutschen Behörden enthielt. Es wurde eine Untersuchung angeordnet, zum Zwecke, die Verfasser des Pamphletes ausfindig zu machen; sie ist, in dieser Richtung, resultatlos geblieben. Da aber das Blatt aus der Druckerei des „Sozialdemokrat“ in Hottingen hervorgegangen war, so nahmen die Bundesbehörden Veranlassung, die Untersuchung auf die Organisation und die Zwecke dieses journalistischen Unternehmens auszudehnen. Man konstatarie, daß es in seiner Gesamtheit eine Schöpfung der deutschen Sozialistenpartei ist. Wenn schon die Druckerei den Namen „Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung“ führt und einen Schweizer, Namens Conzett, zum Firmaführer hat, so wird das Unternehmen doch thatsächlich durch einen aus Deutschen in Zürich gebildeten Ausschuß geleitet. Sein hauptsächlichster Zweck ist der, in Deutschland verbotene Zeitschriften und Broschüren zu veröffentlichen und insgeheim dorthin zu schaffen. Der Ausschuß, welcher in ununterbrochenem Verkehr mit den Häuptern der deutschen Sozialistenpartei steht, setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen: Bernstein, welcher den „Sozialdemokrat“ redigirt und als Prokurist der Firma zeichnet; Schlütter, welcher der „Verlagsbuchhandlung und Expedition des Sozialdemokrat“ vorsteht und ebenfalls Prokuraträger ist; Motteler (der rothe Postmeister), welcher die Druckschriften in Deutschland einzuschwärzen hat; Tauscher, welcher Faktor der Buchdruckerei ist.

Mit Ausnahme von Schlütter sind sie Alle deutscher Herkunft, nämlich: Bernstein, Eduard, aus Berlin; Motteler, Ernst Julius Chr., aus Eßlingen (Württemberg); Tauscher, Johann Bernhard, aus Augsburg (Bayern); Schlütter, Hermann Friedrich, war ursprünglich Schleswig-Holsteiner, er hat sich in Chicago als Bürger der Vereinigten Staaten naturalisiren lassen. Das noch weiter bei der Redaktion, Expedition, Drucklegung etc. beschäftigte Personal ist in seiner Mehrzahl ebenfalls deutscher Abstammung.

Die hauptsächlichste Publikation des Unternehmens ist diejenige des „Sozialdemokrat“, eines einmal wöchentlich erscheinenden Blattes. Es hat nur sehr wenig Abonnenten in der Schweiz, woraus sich erklärt, daß es bis heute so wenig Beachtung gefunden hat. Es ist übrigens ausschließlich für Deutschland bestimmt, wo es, wie man versichert, in einer Zahl von 10,000 bis 12,000 Exemplaren eingeschmuggelt wird. Die Prüfung einer Sammlung des Blattes

hat ergeben, daß es im Allgemeinen in einer heftigen und für die Behörden des deutschen Reiches oft beleidigenden Sprache geschrieben ist. Es predigt zwar nicht den Anarchismus, wohl aber die soziale Revolution. Seine Redaktoren verwahren sich gegen die Annahme, als ob sie sich gewaltsamer Mittel bedienen wollten; aber sie geben vor, so schreiben zu müssen, wie sie schreiben, da ihre Mitarbeiter und Abonnenten verlangten, daß sie so „scharf“ als möglich seien.

Neben diesem Blatt edirt und vertreibt die „Verlagsbuchhandlung“ noch andere Flugschriften und Broschüren, die, was die Heftigkeit der Angriffe auf Behörden und Einrichtungen des deutschen Reiches anbelangt, dem „Sozialdemokrat“ in nichts nachstehen.

II.

Die oberwähnte Untersuchung komplizierte sich mit verschiedenen andern, im Interesse der politischen Polizei eingeleiteten Untersuchungen, deren die bundesrätliche Botschaft vom 12. März 1888 Erwähnung thut. Infolge dessen ist der Bundesrath erst den 27. Januar l. J. in der Lage gewesen, sich über die unter I aufgezählten Untersuchungsergebnisse schlüssig zu machen. Von der Ansicht ausgehend, daß nach verschiedenen Richtungen eine Ergänzung der Untersuchung nöthig falle, hat er sich für einmal darauf beschränkt, die Regierung von Zürich einzuladen, dafür zu sorgen, daß die aus der Offizin des „Sozialdemokrat“ hervorgehenden Publikationen sich innert der Schranken einer ruhigen und sachlichen Diskussion halten, und Aufreizungen, Beschimpfungen und beleidigende Ausfälle vermeiden, wobei er sich immerhin jederzeitiges Einschreiten gegen die Betheiligten vorbehielt.

III.

Mittlerweile haben andere Anzeichen den Bundesrath veranlaßt, die Untersuchung betreffend den „Rothen Teufel“ wieder aufzunehmen, um, wo möglich, die Verfasser ausfindig zu machen. In der ersten Untersuchung hatte Bernstein, der Chef des deutschen Sozialistenausschusses, erklärt, daß diese Veröffentlichung in keiner Beziehung zum „Sozialdemokrat“ stehe, und sie mehr oder weniger desavouirt. Die nachträgliche Untersuchung hat Folgendes herausgestellt: Der Chef der „Verlagsbuchhandlung und Expedition“, Schlütter, erklärte, er habe das Manuskript, dessen Verfasser er sich im Uebrigen zu nennen weigerte, aus Deutschland erhalten, es Conzett mitgetheilt, der seine Zustimmung zur Drucklegung gab, und es sodann dem Faktor Tauscher eingehändigt, der es von Arbeitern im Taglohn drucken ließ. Schlütter besorgte auch die Spedition und den Verkauf. Als Beleg wies er seine Rechnungsbücher vor, aus denen erhellt, daß 8550 Exemplare abgezogen wurden, und daß der Erlös, im Betrage von Fr. 1425, als Beitrag der Druckerei an die Kosten der sozialistischen Wahlpropaganda gebucht wurde.

IV.

Die Verwarnung, welche dem „Sozialdemokrat“ durch die Zürcherregierung mit Bezug auf seine Haltung zu Theil wurde, hat die Wirkung nicht gehabt, die man von ihr erwarten konnte. Statt sich einer ruhigen und objektiven Diskussion zu befleißigen, hat die Redaktion des Blattes ihre aufreizende Polemik gegen Einrichtungen und Behörden des deutschen Reiches fortgesetzt, allerdings unter theilweiser Befolgung einer neuen Taktik, indem sie Artikel, welche an die Gewalt appelliren, zwar reproduzirt, sie dagegen mit Kommentarien begleitet, die an die Mäßigung des Blattes glauben machen sollen. So z. B. veröffentlicht der „Sozial-

demokrat⁴ in seiner Nummer 10 (vom 3. März) den Brief eines Landwehrmannes, der sich u. A. folgendermaßen ausspricht:

„Der „tolle Ritt“ zum Bankrott geht mit progressiver Geschwindigkeit vor sich. Jede Heeresvermehrung ist eine Vermehrung der Revolutionsarmee. Um im Falle, wenn die Offiziere und Unteroffiziere weggeschossen sind, nicht führerlos dazustehen, werden jetzt schon die Mannschaften unterrichtet und gedrillt, die Kompagnie zu führen. Eine Einrichtung, sehr gut gegen den äußern Feind; gegen den innern aber lebensgefährlich für den Cäsarismus. Wer bürgt dafür, daß kein „Umstürzler“ die Führung der Kompagnie erhält? Man stützt sich jetzt sehr stark auf die Repetirgewehre gegen die „Arbeitercanaille“ im Regiment, aber die Arbeitercanailles können sich auch sehr stark auf ihr Repetirgewehr stützen.

„Wie wir sehen, haben wir keinen Grund, dem heutigen System der Pickelhauben und Repetirgewehre sehr zu zürnen, es geht Alles seinen richtigen Weg. Das wissen auch die Herren „Staatsmänner“, und deßhalb möchten sie die Arbeiter so gern früher vor die Gewehre bringen, als die Arbeiter oder richtiger die Verhältnisse es wollen.

„Bis dato ist das nicht gelungen; es wird auch ferner nicht gelingen. Ob die Arbeiter in Deutschland sich gezwungen sehen werden, loszuschlagen, hängt vom Gang der Entwicklung ab; treibt dieselbe dahin, dann werden sie den Kampf aufnehmen, wenn sie wollen, nicht wenn ihre Feinde es wollen. Das ob hängt von den Gewalthabern ab, das wenn von den Arbeitern. Sehr fatal, Excellenz, aber es läßt sich trotz eines ganzen Heeres von Spitzeln nicht ändern.“

Und die Redaktion begleitet diesen Brief mit folgenden Betrachtungen:

„Daß wir keine Revolution machen wollen und können, das ist schon oft genug gesagt worden, daß es Wasser in's Meer tragen hieße, wollten wir den Polizeiblödsinn nochmals widerlegen.

„Aber es wäre alberne Vogelstrauß-Politik oder bodenlose Feigheit, wenn wir die Möglichkeit ignoriren wollten, daß das deutsche Volk einmal in die Lage versetzt werden kann, zu den Waffen zu greifen. Das deutsche Volk war schon wiederholt in der Lage — während der Bauernkriege und 1848 und 1849 — und thun die heutigen Gewalthaber ernsthaft etwas dagegen, daß es nochmals in eine ähnliche Lage komme?

„Thut das herrschende System nicht im Gegentheil sein Aeufßerstes, um das Volk auf den Weg der „gewaltsamen“ Revolution zu treiben?“

Und wieder bringt das Blatt in seiner Nummer 15 (vom 7. April) nachfolgenden Artikel:

„Beschlüsse deutscher Republikaner in der Schweiz. In Zürich haben 500 Deutsche in einer Versammlung „Angesichts der gefährvollen Lage des Vaterlandes“ einstimmig eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt, von denen wir die hauptsächlichsten hier folgen lassen:

„Gegen die dynastische Politik der deutschen Fürsten, welche schon so viel Unheil über Deutschland gebracht hat und jetzt im Begriffe steht, unabsehbares Elend, Schimpf und Schande heraufzubeschwören, ist der bewaffnete Widerstand des deutschen Volkes geboten“

. . . . „In Uebereinstimmung mit der Volksversammlung zu erkennen wir in der deutschen Republik die einzig mögliche Beseitigung der beklagenswerthen und gefährdenden Zustände und die sichere Anbahnung einer friedlichen Entwicklung der deutschen Nation zur Freiheit und Macht.

„Die Grundrechte des deutschen Volkes und die Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung bilden und verbürgen augenblicklich den einzig gesetzlichen Boden des deutschen Volkes.

„Die Versammlung fordert das Volk in allen Theilen Deutschlands dringend auf, Angesichts der jetzigen Gefahr und Noth überall in Stadt und Land zu politischen Vereinen zusammen zu treten und eine organisirte Volksbewaffnung in Angriff zu nehmen. Wir wollen hier hinter den Brüdern in Deutschland nicht zurückbleiben.

„Sind diese Leute rasend?“ hören wir gewisse Heuler hier ausrufen. „Wie können sie den Schweizerboden zu so unerhörten Anschlägen wider fremde Regierungen mißbrauchen? Das rechtfertigt die schärfsten Maßregeln gegen diese Hetzer, gegen diese Aufwiegler.“

„Gemach! Diese Leute sind durchaus nicht rasend oder vielmehr sie w a r e n durchaus nicht rasend, als sie die obigen Beschlüsse faßten. Sie riskirten nichts dabei, keine Ausweisung, keine Maßregelung. Im Frühjahr 1866 waren eben die Nerven noch nicht so zart organisirt wie heutzutage, und zur Beruhigung der freiwilligen und bezahlten Angeber in Zürich und anderwärts sei bemerkt, daß die zitierten Beschlüsse bereits 22 Jahre alt sind.

„Die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen. Wie gar manche von den Leuten, die damals offen zum gewaltsamen Sturz der deutschen Fürsten aufforderten, stimmen heute mit ein in das Geschrei über die aufreizende Sprache des „Sozialdemokrat“ und unterstützen die Forderung von Repressionsmaßregeln gegen denselben. Wo findet man aber in unserem Blatt, wo in irgend einer Publikation unserer Druckerei derartige Aufforderungen zu „Hochverrath und gewaltthätigem Umsturz“?

„Je nun, wir vertreten auch die Interessen der Arbeiterklasse, und vor 22 Jahren war das Bürgerthum in der Opposition. Das erklärt Alles.“

Diese Beispiele, welche vermehrt werden könnten, genügen, um die neue Kampfweise des „Sozialdemokrat“ zu charakterisiren. Was die Angriffe auf Personen anbelangt, so sind zwar die rohen Kraftausdrücke, auf welche man in den frühern Nummern auf Schritt und Tritt stieß, größentheils verschwunden, immerhin trifft man deren einzelne noch fast in jeder Nummer. Im Uebrigen haben die Angriffe selbst nicht aufgehört; sie bilden den wesentlichen Inhalt jeder Nummer. Vergebens würde man im „Sozialdemokrat“ die ruhige Erörterung von Lehrmeinungen und Theorien suchen: das Blatt ist ein Kampforgan, für den Kampf eigens gegründet und konsequent fortwährend aggressiv. Voriges Jahr schon, unterm 10. April, hat Bernstein der zürcherischen Polizeidirektion Nachfolgendes geschrieben:

„Es liegt mir und meinen Freunden, die hier — freilich nicht als Flüchtlinge, sondern auf Grund der bestehenden Verträge — die Gastfreundschaft der Schweiz genießen, gewiß fern, derselben wissentlich irgend welche Schwierigkeiten zu bereiten; meine Ausführungen haben nur den Zweck, darauf hinzuweisen, daß nicht dasjenige, was der „Sozialdemokrat“ in letzter Zeit geschrieben, neu und unerhört ist, sondern dies eher von etwa darauf sich stützenden Reklamationen der Fall wäre. Sollten indeß solche in Aussicht stehen oder zu befürchten sein, so würde ich, und ich glaube das auch von meinen Freunden versprechen zu können, insofern dieser neuen Situation Rechnung tragen, als wir mit dementsprechend größerer Sorgfalt darauf bedacht sein werden, grob-anstößige Wendungen, wie sie bisher zuweilen unterlaufen sind, aus unseren Publikationen auszumerzen. An dem grundsätzlichen Programm des „Sozialdemokrat“ kann natür-

lich ebenso wenig geändert werden, als etwa an dem der „Arbeiterstimme“.

Der Empfang der vom Bundesrath unterm 27. Januar verfügten Verwarnung ist vom „Sozialdemokrat“ in folgenden Ausdrücken bescheinigt worden:

„Treu der uns gestellten Aufgabe — die Grundsätze der Sozialdemokratie zu vertreten, die Unterdrückten und Verfolgten zu vertheidigen und die Unterdrücker und Verfolger zu bekämpfen — werden wir auch fernerhin in dem Sinne wirken, wie es die Interessen unserer großen Sache erheischen.“

Und in seiner Nummer 15 (vom 7. April) veröffentlicht der „Sozialdemokrat“ einen „Programmartikel“, in welchem er rklärt, daß er seine Haltung in nichts ändern werde. Er sagt u. A.: „Sit ut est aut non sit — er muß sein wie er ist, oder er braucht gar nicht zu sein. Man mag gegen einzelne Personen, welche man für die Leiter und Lenker hält, unternehmen, was man will — so lange die Voraussetzungen bestehen, die ihn in's Leben gerufen, muß er an diesem Programm festhalten und wird an ihm festhalten.“

Damit ist der Beweis geleistet, daß die Leiter des „Sozialdemokrat“ entschlossen sind, nur ihre eigene Konvenienz zu Rathe zu ziehen, sowie diejenige der ausländischen Partei, deren Organ sie auf unserem Boden fortterscheinen zu lassen sich das Recht anmaßen, ohne irgendwelche Rücksicht auf das Land zu nehmen, das sie gastlich aufgenommen hat;

in Erwägung:

daß durch die in Frage stehenden Publikationen, welche geeignet sind, die guten Beziehungen der Schweiz zu einem befreundeten Staate zu gefährden, nachfolgende Mitglieder des deutschen Sozialistenkomite's in Zürich die schweizerische Gastfreundschaft mißbraucht haben:

Bernstein, in seiner Eigenschaft als Redaktor en Chef des „Sozialdemokrat“;

Schlütter, in derjenigen des Chefs der „Verlagsbuchhandlung und Expedition des Sozialdemokrat“ und speziell auch durch Herausgabe und Vertrieb des „Rothen Teufels“;

Motteler, in derjenigen des Spediteurs der in Frage stehenden Publikationen;

Tauscher, in derjenigen des Faktors der Druckerei des „Sozialdemokrat“ und speziell durch seine Mithülfe zur Veröffentlichung des „Rothen Teufels“;

in Anwendung von Art. 70 der Bundesverfassung,

beschließt:

1. Die vorgenannten Bernstein, Schlütter, Motteler und Tauscher werden aus dem Gebiet der schweizerischen Eidgenossenschaft weggewiesen.

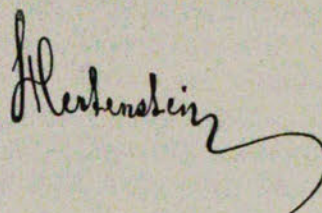
2. Dieser Beschluß wird der Regierung des Kantons Zürich mitgetheilt, mit der Einladung, denselben den Betheiligten nebst Art. 63, Litt. a, des Bundesstrafrechtes von 1853 zu eröffnen und hierauf deren Ausweisung zu vollziehen, sowie darüber Bericht zu erstatten.

3. Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ist mit der Ueberwachung der Vollziehung beauftragt.

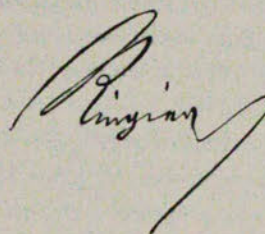
4. Dieser Beschluß ist in das Bundesblatt aufzunehmen.

Bern, den 18. April 1888.

Im Namen des Schweiz. Bundesrathes,
Der Bundespräsident :

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Herbst', with a long, sweeping flourish extending to the right.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft :

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Riggi', with a long, sweeping flourish extending to the right.

Le conseil fédéral suisse,

vu les rapports de son département de justice et police et de son département des affaires étrangères, desquels il résulte les faits suivants :

I. En janvier ou février de l'année dernière parut à Zurich une feuille intitulée « der Rothe Teufel », qui contenait des articles en vers et en prose et des images d'un caractère extrêmement injurieux pour la famille impériale et les autorités allemandes. Une enquête fut ordonnée pour en découvrir les auteurs; elle n'aboutit sous ce rapport à aucun résultat. Mais, comme cette feuille sortait de l'imprimerie du « Sozialdemokrat », à Hottingen, l'autorité fédérale en prit occasion pour faire porter également l'enquête sur l'organisation et le but de cette entreprise. On constata que le tout est une création du parti socialiste allemand. Bien que l'imprimerie porte le nom de « Schweiz. Genossenschaftsbuchdruckerei und Volksbuchhandlung » et ait pour chef nominal un Suisse, Conzett, l'entreprise est effectivement dirigée par un comité d'Allemands résidant à Zurich. Elle a pour but principal la publication et la vente de journaux et brochures prohibés en Allemagne et leur importation clandestine dans ce pays. Le comité, qui est en relations suivies avec les chefs du parti en Allemagne, se compose de membres dont l'un, Bernstein, est le rédacteur en chef du « Sozialdemokrat »; il a la procuration de la raison sociale; un autre, Schlütter, est préposé à la « Verlagsbuchhandlung und Expedition des Sozialdemokrat »; il a également la procuration de la raison sociale; un troisième, Motteler, est chargé d'introduire en contrebande les imprimés en Allemagne (der rothe Postmeister); un quatrième, Tauscher, est facteur de l'imprimerie.

A l'exception de Schlütter, ils sont ressortissants allemands, savoir: *Bernstein*, Edouard, de Berlin; *Motteler*, Ernest-Jules-Chr.-F., d'Esslingen (Wurttemberg); *Tauscher*, Joh.-Leonhard, d'Augsbourg (Bavière). *Schlütter*, Hermann-Frédéric, était du Schleswig-Holstein; il s'est fait naturaliser Américain à Chicago. Le personnel employé à la rédaction, à l'expédition, à l'imprimerie, etc., est aussi pour la plupart d'origine allemande.

La principale publication de l'entreprise est celle du « Sozialdemokrat », paraissant une fois par semaine. Ce journal n'a que fort peu d'abonnés en Suisse, ce qui explique pourquoi il a passé jusqu'ici presque inaperçu. Il est du reste exclusivement destiné à l'Allemagne, où il est importé secrètement à un nombre, dit-on, de 10 à 12,000 exemplaires. L'examen de la collection de cette feuille a démontré qu'elle est écrite d'une manière généralement violente et mainte fois injurieuse pour les autorités allemandes. Elle ne prêche pas l'anarchisme, mais la révolution sociale. Ses rédacteurs se défendent toutefois de vouloir recourir à l'emploi de moyens violents, mais ils allèguent qu'ils doivent écrire comme ils le font, leurs collaborateurs et abonnés exigeant d'eux qu'ils soient aussi incisifs (scharf) que possible.

A côté de ce journal, la « Verlagsbuchhandlung » édite aussi ou met en vente des feuilles ou brochures qui ne le cèdent en rien au « Sozialdemokrat » pour la violence des attaques contre les autorités et les institutions de l'empire d'Allemagne.

II. Cette enquête s'étant compliquée de plusieurs autres relatives à la police politique et dont le message du 12 mars 1888 à l'assemblée fédérale fait mention, ce n'est que le 27 janvier écoulé que le conseil fédéral a été en mesure de se prononcer sur les résultats exposés ci-dessus. Envisageant que sur divers points un complément d'enquête était nécessaire, il s'est borné provisoirement à inviter le gouvernement de Zurich à veiller à ce que les publications sortant de l'officine du « Sozialdemokrat » s'abstinsent d'excitations, de violences et d'outrages, le conseil fédéral se réservant d'ailleurs de prendre en tout temps les mesures qui lui paraîtraient nécessaires.

III. Dès lors, d'autres indices ont engagé le conseil fédéral à reprendre l'enquête au sujet du « Rother Teufel », en vue, si possible, d'en découvrir les auteurs. Dans la première enquête, le chef du comité socialiste allemand, Bernstein, avait déclaré que

cette publication n'avait rien à faire avec le « Sozialdemokrat », et il l'avait plus ou moins désavouée. L'enquête complémentaire mit au jour les faits suivants: Le chef de la « Verlagsbuchhandlung und Expedition », Schlütter, déclara avoir reçu d'Allemagne le manuscrit dont il se refusa du reste à nommer le ou les auteurs, l'avoir communiqué à Conzett, qui donna son assentiment à l'impression, puis remit au maître imprimeur Tauscher, qui le fit composer par des ouvriers à la journée. Schlütter en soigna aussi l'expédition et la mise en vente. Comme preuve, il produisit ses livres de comptabilité, desquels il résulte que le tirage a eu lieu à 8550 exemplaires, et que le prix, 1425 fr., a été passé aux écritures comme contribution de l'imprimerie aux frais de la propagande électorale socialiste.

IV. L'avertissement donné par le gouvernement de Zurich au sujet de la tenue du « Sozialdemokrat » n'a pas eu les effets qu'on pouvait en attendre. Au lieu de se renfermer dans une discussion calme et objective, la rédaction du journal a continué ses polémiques agressives contre les institutions et les autorités allemandes, il est vrai en adoptant en partie une tactique nouvelle qui consiste à reproduire des appels à la violence, et à les accompagner de commentaires destinés à faire croire à la modération du journal. Ainsi dans son numéro 10 (3 mars 1888), le « Sozialdemokrat » publie une lettre d'un « Landwehrmann » qui s'exprime entre autres comme suit :

« La « folle course » à la banqueroute avance avec une vitesse « progressive. Toute augmentation de l'armée constitue une augmentation de l'armée révolutionnaire. Dans le cas où les officiers et « les sous-officiers seraient tués, les hommes sont dès maintenant « instruits et dressés à conduire la compagnie, afin de ne pas se « trouver sans chefs. C'est là une institution qui est très bonne « contre l'ennemi extérieur ; par contre, elle est mortelle pour le « Césarisme contre l'ennemi intérieur. Qui peut garantir qu'aucun « révolutionnaire » ne recevra la conduite de la compagnie ? On « se fie énormément aujourd'hui aux fusils à répétition contre la « canaille ouvrière », mais les canailles ouvrières peuvent aussi se « fier énormément à leurs fusils à répétition.

« Comme nous le voyons, nous n'avons aucun motif pour nous « irriter outre mesure contre les casques à pointe et les fusils à « répétition ; tout suit sa route normale. C'est aussi ce que savent « messieurs les « hommes d'état », et c'est pour cela qu'ils voudraient « si ardemment mettre les ouvriers devant les fusils plus vite que « ne le demandent les ouvriers, ou pour mieux dire les circonstances.

« Jusqu'à présent, ils n'y ont pas réussi, et ils n'y réussiront « pas non plus à l'avenir. Quant à savoir si les ouvriers en Alle- « magne se verront forcés de commencer l'attaque, cela dépend de « la marche du développement ; si elle les y pousse, ils ouvriront « la bataille quand ils voudront et non pas quand cela plaira à « leurs ennemis. Le si dépend des puissants, le quand des ouvriers. « C'est très-fatal, Excellence, mais, en dépit de toute une armée de « mouchards, on ne peut rien y changer. »

Et la rédaction accompagne cette lettre des réflexions suivantes :

« Que nous ne voulions et ne puissions faire une révolution, « cela a été dit déjà si souvent que ce serait chose superflue et inu- « tile que de répéter encore une fois la stupidité de la police.

« Mais ce serait une ridicule politique d'autruche ou une « lâcheté sans nom que de vouloir ignorer la possibilité que le « peuple allemand soit une fois en position de recourir aux armes. « Le peuple allemand s'est déjà vu à plusieurs reprises dans cette « position — pendant les guerres des paysans en 1848 et 1849 — « et les dominateurs d'aujourd'hui font-ils sérieusement quoique ce « soit pour empêcher qu'il ne s'y retrouve encore ?

« Le système dominant ne fait-il pas, au contraire, tous les « efforts pour pousser le peuple dans la voie de la révolution « vio- « lente ? »

Ainsi encore, dans le n° 15 (7 avril), le journal publie l'article suivant :

« Décisions de républicains allemands en Suisse. Dans une « assemblée qui a eu lieu à Zurich, cinq cents Allemands, en pré- « sence de la situation périlleuse de la patrie, ont pris une série « de décisions importantes, dont nous reproduisons ci-après les prin- « cipales.

« Il y a lieu de recommander la résistance armée du peuple « allemand contre la politique dynastique des princes allemands, qui « a déjà fait tant de mal à l'Allemagne et qui est maintenant sur « le point d'y amener encore une misère immense et de la couvrir « de honte et d'abjection . . . »

« D'accord avec l'assemblée populaire à nous reconnaissons que la **république en Allemagne** est le seul moyen possible pour supprimer cet état de choses pitoyable et dangereux et pour amener sûrement et paisiblement le développement de la nation allemande vers la liberté et la puissance. »

« *Les droits fondamentaux* du peuple allemand et l'adoption de l'armement général du peuple constituent et garantissent, pour le moment, le seul terrain légal du peuple allemand. »

« L'assemblée recommande vivement au peuple de toutes les parties de l'Allemagne, en présence des dangers et des besoins actuels, de constituer partout, dans les villes comme dans les campagnes, des assemblées politiques et de procéder à l'organisation de l'armement du peuple. Ici, nous ne resterons pas en arrière de nos frères d'Allemagne. »

« Est-ce que ces gens sont fous? » avons-nous entendu s'écrier ici certains gueulards. « Comment peuvent-ils abuser du territoire suisse par des attaques aussi violentes contre des gouvernements étrangers? Cette conduite justifie les mesures les plus sévères contre ces provocateurs, ces agitateurs! »

« Eh! bien, ces gens ne sont pas fous du tout, ou plutôt ils ne l'étaient pas lorsqu'ils ont pris les décisions précitées. Ils ne risquaient rien alors, ni expulsion ni mesures vexatoires. Au printemps de 1866, les systèmes nerveux n'étaient pas encore aussi délicats qu'aujourd'hui; aussi pour tranquilliser les dénonciateurs volontaires et salariés à Zurich et ailleurs, nous ferons observer que les décisions sont âgées de près de 22 ans. »

« Les temps changent, et les hommes aussi. Combien n'y a-t-il pas de personnes qui alors réclamaient ouvertement le renversement, par la violence, des princes allemands et qui, aujourd'hui, protestent, d'un commun accord, contre le langage provocateur du *Sozialdemokrat* et réclament des mesures de répression contre celui-ci. Mais où trouvera-t-on, soit dans notre journal, soit dans une publication quelconque de notre imprimerie, des incitations de ce genre à la haute trahison et à la révolution par la violence. »

« Eh! bien, nous représentons, nous, les intérêts de la classe ouvrière, et, il y a 22 ans, la bourgeoisie était du côté de l'opposition. Cela explique tout. »

Ces exemples, qui pourraient être multipliés, suffisent pour caractériser la méthode nouvelle du « Sozialdemokrat ». En ce qui concerne les attaques contre les personnes, les expressions les plus grossières qui revenaient à chaque instant dans les précédents numéros ont en grande partie disparu, mais il s'en rencontre encore dans chaque numéro un certain nombre. D'ailleurs, les attaques elles-mêmes n'ont pas cessé: elles forment le contenu essentiel de chaque numéro. C'est en vain qu'on chercherait dans le « Sozialdemokrat » la discussion paisible de doctrines et de théories: c'est un journal de combat, créé pour le combat, et par conséquent constamment agressif. Déjà l'année dernière, en date du 10 avril, Bernstein écrivait à la direction de police de Zurich:

« Il est certainement loin de mon idée et de celle de mes amis, qui jouissent de l'hospitalité en Suisse — non pas, il est vrai, en qualité de réfugiés, mais bien en vertu des traités existants — de susciter sciemment des difficultés quelconques à ce pays; mes considérations n'ont pas d'autre but que de rappeler que ce n'est pas ce que le « Sozialdemokrat » a écrit ces derniers temps qui est nouveau et inouï, mais que ce serait bien plutôt le cas des réclamations qui pourraient se baser là-dessus. Si toutefois on devait prévoir ou craindre des réclamations de ce genre, je tiendrais — et je crois pouvoir promettre la même chose aussi pour mes amis — compte de cette nouvelle situation, en ce sens que nous chercherons avec tout le soin possible à éliminer de nos publications les tournures agressives qui ont pu parfois nous échapper. Naturellement, il ne peut rien être changé au programme de principe du « Sozialdemokrat », pas plus qu'à celui de l'« Arbeiterstimme ».

L'avertissement donné par le conseil fédéral en date du 27 février a été accueilli par le « Sozialdemokrat » dans les termes suivants:

« Fidèles à la tâche que nous nous sommes imposée — savoir de représenter les principes de la démocratie sociale, de défendre les opprimés et de combattre les oppresseurs et les persécuteurs — nous continuerons, à l'avenir aussi, à agir dans le sens qu'exigent les intérêts de notre grande cause. »

Et dans son numéro 15 (7 avril), le « Sozialdemokrat » publie un article-programme dans lequel il déclare qu'il ne modifiera en rien son attitude. Il dit entre autres:

« Sit ut est, aut non sit, — cela doit être comme cela est, ou
 « bien cela n'a nul besoin d'être. On peut entreprendre ce qu'on
 « veut contre certaines personnes, que l'on considère comme étant
 « les chefs et les meneurs, — aussi longtemps que subsistent les
 « conditions qui l'ont provoqué, on doit s'en tenir à ce programme,
 « et l'on s'y tiendra. »

La démonstration est ainsi faite que les chefs du « Sozialdemokrat » sont résolus à ne tenir compte que de leurs propres convenances et de celles du parti étranger dont ils prétendent faire paraître l'organe sur notre sol, sans égard aux convenances du pays qui les abrite.

Considérant :

que, par les publications dont il s'agit et qui sont de nature à compromettre nos bons rapports avec un pays ami, les membres suivants du comité socialiste allemand à Zurich ont abusé de l'hospitalité suisse, savoir :

Bernstein, en sa qualité de rédacteur en chef du « Sozialdemokrat » ;

Schlütter, en celle de chef de la « Verlagsbuchhandlung und Expedition des Sozialdemokrat », et spécialement pour avoir édité et mis en vente « der Rothe Teufel » ;

Motteler, en celle d'expéditeur de ces publications ;

Tauscher, en celle de maître-imprimeur du « Sozialdemokrat », et spécialement pour avoir coopéré à la publication du « Rother Teufel » ;

faisant application de l'article 70 de la constitution fédérale,

arrête :

1. Les nommés Bernstein, Schlütter, Motteler et Tauscher seront expulsés du territoire suisse.

2. Le présent arrêté sera communiqué au gouvernement du canton de Zurich. Ce gouvernement en fera part aux expulsés et leur donnera connaissance de l'article 63, lettre a, du code pénal fédéral de 1853. Puis, il fera exécuter la mesure d'expulsion et sur le tout fera rapport au conseil fédéral.

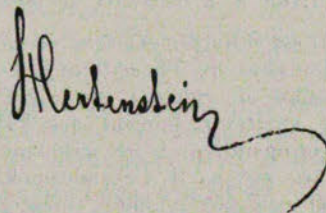
3. Le département fédéral de justice et police est chargé de surveiller l'exécution.

4. Le présent arrêté sera inséré dans la feuille fédérale.

Berne, le 18 avril 1888.

Au nom du conseil fédéral suisse.

Le président de la Confédération :



Le chancelier de la Confédération :

